

No. 36305

Austria
and
Hungary

Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Hungary regarding railway transit at the Austrian-Hungarian business park located in the vicinity of the city of Szentgotthárd (with annex).
Vienna, 24 November 1998

Entry into force: 1 July 1999 by notification, in accordance with article 11

Authentic texts: German and Hungarian

Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 1 December 1999

Autriche
et
Hongrie

Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Hongrie relatif au transit par chemin de fer sur le terrain industriel austro-hongrois à proximité de la ville de Szentgotthárd (avec annexe).
Vienne, 24 novembre 1998

Entrée en vigueur : 1er juillet 1999 par notification, conformément à l'article 11

Textes authentiques : allemand et hongrois

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 1er décembre 1999

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn über den Eisenhahndurchgangsverkehr des österreichisch-ungarischen Industrieparks in der Umgebung der Stadt Szentgotthárd

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Ungarn (im folgenden: Vertragsparteien) sind.

vom Wunsche geleitet,

- die zwischen den beiden Staaten bestehenden gutnachbarlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und
- den in der Umgebung der Stadt Szentgotthárd verlaufenden Eisenbahnverkehr des ungarisch-österreichischen Industrieparks zu fördern,

sowie unter Berücksichtigung

- des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über den Grenzübergang der Eisenbahnen (im folgenden: Eisenbahngrenzverkehrsabkommen), das am 14. September 1978 in Budapest unterzeichnet wurde, und
- des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF), das am 9. Mai 1980 in Bern abgeschlossen wurde, sowie der Anhang B des COTIF bildenden Einheitlichen Rechtsvorschriften (CIM) vorgeschriebenen Frachtabedingungen und unter besonderer Beachtung der Bedingungen der Anlage I zum Anhang B des COTIF bildenden Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID),

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die österreichischen Eisenbahnen sind berechtigt, auf der Strecke zwischen Szentgotthárd/Mogersdorf (Nagyfalu) und Szentgotthárd/Heiligenkreuz (Szentkereszt) Industriepark Heiligenkreuz (Grenzzeichen C 100/2 – C 100/3) den Verkehr unter Bahnverschluß (im folgenden: grenzüberschreitender nicht öffentlicher Eisenbahnverkehr) über den Bahnhof Szentgotthárd durch das Gebiet der Republik Ungarn abzuwickeln.

(2) Unter Bahnverschluß sind sämtliche Maßnahmen zu verstehen, deren Zweck darin besteht, zu verhindern, daß auf die im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr eingesetzten Züge auf dem Staatsgebiet der Republik Ungarn Waren gelangen oder diese verlassen, beziehungsweise Personen in diese Züge einsteigen oder aus diesen aussteigen.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien betrachten den im Rahmen des grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehrs abgewickelten Gütertransport nicht als Teil des internationalen Gütertransports. Bei

der Anwendung des vorliegenden Abkommens hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Eisenbahnen sind jedoch das Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF), das am 9. Mai 1980 in Bern abgeschlossen wurde, sowie die durch Anhang B des COTIF bildenden Einheitlichen Rechtsvorschriften (CIM) vorgeschriebenen Frachtbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Anlage I zum Anhang B des COTIF bildenden Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) anzuwenden und einzuhalten. Beide Vertragsparteien gehören diesen internationalen Verträgen an.

(2) Unter Anwendung der Bestimmungen gemäß Absatz 1 sind die österreichischen Eisenbahnen verpflichtet, im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr nur solche Eisenbahn-Triebfahrzeuge, beförderte Fahrzeuge, Eisenbahn-Arbeitsmaschinen und Ladungen zu verwenden, die den für den internationalen Eisenbahnverkehr vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen.

(3) Die ungarischen Eisenbahnen gewährleisten zum Zwecke der Abwicklung des grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehrs den sicheren und störungsfreien Betrieb der ungarischen Eisenbahnstrecke und deren Anlagen gegen Entgelt.

(4) Die am grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr beteiligten Triebfahrzeuge und beförderten Fahrzeuge sowie deren Ladungen werden durch die Eisenbahnen nicht übernommen und keine Übergabe-Übernahmeprüfungen vorgenommen.

Artikel 3

(1) Für Schäden, die bei einer Beförderung im grenzüberschreitenden Eisenbahndurchgangsverkehr beim Betrieb der Eisenbahnen zugefügt werden, richtet sich die Schadenersatzpflicht nach den Haftungsbestimmungen, die anwendbar wären, wenn die Beförderung von den österreichischen Eisenbahnen auf dem Gebiet der Republik Österreich durchgeführt worden wäre. Die österreichischen Eisenbahnen haben dabei für die ungarischen Eisenbahnen und deren Leute einzustehen.

(2) Den österreichischen Eisenbahnen steht gegen die ungarischen Eisenbahnen ein Rückgriffsanspruch zu, wenn das schädigende Ereignis durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der ungarischen Eisenbahnen oder deren Leute oder durch einen Mangel der ungarischen Eisenbahnstrecke oder deren Anlagen verursacht wurde.

(3) Zur Entscheidung über die aus einem Schadensfall abgeleiteten außervertraglichen Ansprüche sind auch die Gerichte des Staates jener Vertragspartei zuständig, in dessen Gebiet der Anspruchsberechtigte seinen Wohnsitz (Sitz) oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(4) Rechtskräftige Entscheidungen und Vergleiche, die über Schadenersatzansprüche nach Absatz 3 dieses Artikels von einem Gericht des Staates einer Vertragspartei gefällt oder vor einem solchen Gericht geschlossen würden sind, werden im Staat der anderen Vertragspartei anerkannt und vollstreckt. Hat sich die unterlegene Partei auf das Verfahren nicht eingelassen, so ist ein Nachweis darüber vorzulegen, daß der dieses Verfahren einleitende Schriftsatz oder ein gleichwertiges Schriftstück dieser Partei ordnungsgemäß und rechtzeitig zugestellt wurde. Die Anerkennung und Vollstreckung ist zu versagen,

- wenn die Entscheidung einer früher zwischen denselben Parteien über denselben Anspruch ergangenen rechtskräftigen Entscheidung widerspricht, die von einem Gericht des Staates der Vertragspartei gefällt worden ist, in dem die Entscheidung anzuerkennen und zu vollstrecken ist;
- wenn die Entscheidung die Grundsätze der Gesetzgebung (öffentliche Ordnung) der Vertragspartei, in der sie vollstreckt werden soll, verletzt;
- oder wenn die Entscheidung nicht auf die Rechtsvorschriften gegründet worden ist, die nach diesem Abkommen anzuwenden gewesen wären; diese Bestimmung steht jedoch der Anerkennung und Vollstreckung nicht entgegen, wenn die Entscheidung den im Sinne dieses Abkommens anzuwendenden Rechtsvorschriften entspricht.

Artikel 4

Hinsichtlich der zwischen den Eisenbahnen erwiesenen gegenseitigen Hilfeleistung und des Schutzes ist Artikel 12 des Eisenbahngrenzverkehrsabkommens anzuwenden.

Artikel 5

(1) Für das Dienstverhältnis der Bediensteten der österreichischen Eisenbahnen – besonders in dienststrafrechtlicher Hinsicht – sind die in der Republik Österreich geltenden Vorschriften maßgebend.

(2) Die zuständigen ungarischen Organe sind verpflichtet, die zuständigen österreichischen Organe unverzüglich über durch die in Absatz 1 genannten Bediensteten im Staatsgebiet der Republik Ungarn begangenen Straftaten zu unterrichten.

Artikel 6

(1) Im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr führt im allgemeinen keine der Vertragsparteien Grenzabfertigungskontrollen durch. Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, durch ihre die Grenzabfertigung durchführenden Organe im Sinne des am 5. Juli 1991 in Wien unterzeichneten Abkommens über die Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn sowie der am 14. April 1993 in Budapest über dessen Durchführung unterzeichneten Vereinbarung auf dem Bahnhof Szentgotthárd Kontrollen des Grenzverkehrs durchzuführen. Die die Zugbeförderung durchführende Eisenbahn ist verpflichtet, die für die Grenzabfertigungskontrolle erforderliche Aufenthaltszeit zu gewährleisten.

(2) Die Eisenbahnbediensteten müssen über einen die Beilage zu dem vorliegenden Abkommen bildenden und dem darin festgelegten Muster entsprechenden Grenzübertrittsausweis verfügen, welcher die Eisenbahnbediensteten zur Durchführung ihrer Aufgaben im Sinne dieses Abkommens berechtigt. Die im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr ihren Dienst versehenden und über einen Grenzübertrittsausweis verfügenden Eisenbahnbediensteten sind berechtigt, im Dienst ihre Dienstkleidung und ihre Dienstabzeichen zu tragen und die Staatsgrenze mit der für die Versorgung des Dienstes erforderlichen Dienstausrüstung zu überschreiten.

(3) Im Interesse der Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens und der Verhinderung von Handlungen, die dessen Vorschriften zuwiderlaufen, sind die ungarischen Grenzabfertigungsorgane berechtigt, die unter Bahnverschluß verkehrenden Züge im Staatsgebiet der Republik Ungarn zu begleiten und zu beaufsichtigen. Weiters sind sie berechtigt, im Interesse der Verhinderung geplanter oder der Aufklärung begangener Straftaten vorzugehen.

Artikel 7

(1) Die im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr beförderten Waren sind von der Bezahlung und Sicherung der Zölle, Einfuhrumsatzsteuer, Abgaben, Gebühren und anderen von einer Rechtsnorm festgelegten Zahlungen sowie von wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbots und -beschränkungen befreit, wenn die für den Eisenbahndurchgangsverkehr geltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens eingehalten werden.

Bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen wird von der Erhebung der Zölle, der Einfuhrumsatzsteuer, der Gebühren und Abgaben und anderer von einer Rechtsvorschrift festgelegten Einzahlungen abgesehen, wenn zweifelsfrei glaubhaft gemacht wird, daß die Ware in unverändertem Zustand in das Gebiet der Republik Österreich zurückgebracht worden ist.

(2) Hinsichtlich der im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr beförderten Güter über die Zollbehörden die Aufsicht aus. Unter der durch die Zollbehörden ausgeübten Aufsicht sind alle Maßnahmen zu verstehen, die ergriffen werden, damit zollabfertigungspflichtige Waren dieser Pflicht nicht entzogen werden können. Die Zollorgane der Vertragsparteien erkennen die jeweiligen Zollbeziehungsweise Eisenbahnverschlüsse an. Bei Bedarf sorgen die Eisenbahnen dafür, daß die Waren dem Zoll vorgeführt werden, und stellen die erforderlichen Dokumente zur Verfügung.

Artikel 8

(1) Im Interesse der Durchführung des vorliegenden Abkommens vereinbaren die Eisenbahnen die mit der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs verbundenen detaillierten Regeln, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise und des Zeitpunktes der vorherigen Ankündigung.

(2) In der zwischen den Eisenbahnen abzuschließenden Vereinbarung sind die im grenzüberschreitenden nicht öffentlichen Eisenbahnverkehr gegenseitig zu erbringenden Dienstleistungen zu regeln.

(3) Die Höhe des in Artikel 2 Absatz 3 angeführten Entgeltes wird auf privatrechtlichem Wege von den Eisenbahnen festgelegt.

Artikel 9

Bei der Auslegung sowie Anwendung des vorliegenden Abkommens entstehende Streitfragen sind durch Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien beziehungsweise – wenn auf diesem Wege keine Einigung erzielt werden kann – auf diplomatischem Weg beizulegen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, über eine mögliche Ausdehnung des vorliegenden Abkommens erforderlichenfalls gesonderte Vereinbarungen zu treffen.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es tritt am ersten Tag des ersten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitteilen, daß die entsprechenden innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder der Vertragsparteien jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Es tritt mit Ablauf von drei Monaten nach Einlangen der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. November 1998, in zwei Urschriften in deutscher und ungarischer Sprache. Beide Texte sind gleichermaßen authentisch.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Wolfgang Schüssel

Für die Regierung der Republik Ungarn:

Dr. János Martonyi

Beilage

Deckblatt

REPUBLIK ÖSTERREICH

Wappen

Grenzübertrittsausweis

Nummer:

REPUBLIK ÖSTERREICH

Wappen

Grenzübertrittsausweis

Zur Versehung der in dem zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn abgeschlossenen Abkommen über den Eisenbahn-durchgangsverkehr des österreichisch-ungarischen Industrieparks in der Umgebung der Stadt Szentgotthárd festgelegten eisenbahndienstlichen Aufgaben.

Der Ausweis enthält zehn nummerierte Seiten

Familienname

.....

Vorname

.....

Bei Frauen Geburtsname

.....

Geschlecht

.....

Geburtsort und Geburtsdatum

.....

Ständiger Wohnsitz

.....

Zu versehender Aufgabenbereich

.....

(Raum für Lichtbild)

(.....)

Siegel

Unterschrift

.....

Ausstellungsbehörde

.....

Ausstellungsort und -datum

.....

Gültigkeit

.....

Unterschrift der Amtsperson

.....

Siegel

Verlängernde Behörde

.....

Zeit der Verlängerung

.....

Gültig bis

.....

Unterschrift der Amtsperson

.....

Siegel

Amtliche Eintragungen

Erläuterungen

Der Inhaber dieses Grenzübertrittsausweises ist berechtigt, die Staatsgrenze an den im Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn über den Eisenbahndurchgangsverkehr des österreichisch-ungarischen Industrieparks in der Umgebung der Stadt Szentgotthárd angeführten Stellen mehrmals zu überschreiten und sich für die Dauer seiner Dienst verrichtung auf der Eisenbahnstrecke von der Staatsgrenze bis zum Bahnhof Szentgotthárd sowie auf dem Gebiet des Bahnhofes Szentgotthárd aufzuhalten.

Erläuterungen

[HUNGARIAN TEXT — TEXTE HONGROIS]

EGYEZMÉNY

az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya között a Szentgotthárd város környéki osztrák-magyar ipari park vasúti átmenő forgalmáról

Az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya (a továbbiakban: Szerződő Felek) attól a szándéktól vezérelve, hogy

- a két állam között meglévő jószomszédi kapcsolatokat továbbfejlessze és
- elősegítse Szentgotthárd város környékén átmenő osztrák-magyar ipari park vasúti forgalmát,

továbbá figyelemmel

- az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a határon átmenő vasúti forgalomról szóló Egyezményre (továbbiakban: Vasúti Határforgalmi Egyezmény), melyet Budapesten, 1978. évi szeptember hó 14. napján írtak alá, és
- a Bernben, 1980. évi május hó 9. napján kelt Nemzetközi Vasúti Fuvarozási Egyezményre (COTIF) és a COTIF B) Függelékéit képező Egységes Szabályok (CIM) által előírt fuvarozási feltételeket, különös tekintettel a COTIF B) Függelék I. Mellékletét képező Veszélyes Áruk Nemzetközi Vasúti Fuvarozásáról szóló Szabályzatának (RID) feltételeire.

az alábbiakban állapodtak meg:

1. Cikk

(1) Az Osztrák Államvasutak jogosultak a Szentgotthárd/Mogersdorf (Nagyfalva), Szentgotthárd/Heiligenkreuz- (Szentkereszti) Ipari Park (C 100/2 – C 100/3 határral) közötti vonalon a Magyar Köztársaság területén át, Szentgotthárd vasúti pályaudvaron keresztül vasúti zár alatt átmenő vasúti forgalmat (a továbbiakban: vasúti ipari átmenő forgalom) lebonyolítani.

(2) Vasúti zár alatt minden olyan intézkedést érteni kell, amelynek célja megakadályozni, hogy a vasúti ipari átmenő forgalomban a Magyar Köztársaság területén a vonatokra árukat bejuttassanak vagy kijuttassanak, illetőleg ezen vonatokra személyek felszálljanak vagy azokról leszálljanak.

2. Cikk

(1) A Szerződő Felek a vasúti ipari átmenő forgalomban lebonyolított árufuvarozást nem tekintik a nemzetközi fuvarozás részének. A jelen Egyezmény alkalmazásában azonban, a vasutak jogai és kötelezettségei tekintetében betartják és alkalmazzák a Bernben, 1980. évi május hó 9. napján kelt Nemzetközi Vasúti Fuvarozási Egyezmény (COTIF) és a COTIF B) Függelékét képező Egységes Szabályok (CIM) által előírt fuvarozási feltételeket, különös tekintettel a COTIF B) Függelék I. Mellékletét képező Veszélyes Áruk Nemzetközi Vasúti Fuvarozásáról szóló Szabályzatában (RID) előírt feltételeket. E nemzetközi szerződéseknek mindenkit Szerződő Féle részére.

(2) Az (1) bekezdés rendelkezéseinak alkalmazásával az osztrák vasutak vállalják, hogy a vasúti ipari átmenő forgalomban csak olyan vasúti vontató és vontatott járművet, vasúti munkagépeket, valamint raktárianyokat alkalmaznak, amelyek megfelelnek a nemzetközi vasúti forgalomra előírt fuvarozási feltételeknek.

(3) A magyar vasutak biztosítják a vasúti ipari átmenő forgalom lebonyolításához a magyar vasúti pálya és az ahhoz szükséges berendezések biztonságos és zavarmentes működését díjjárási ellenében.

(4) A vasúti ipari átmenő forgalomban résztvevő vontató és vontatott járműveket, valamint azok raktárianyát a vasutak nem veszik át, átadási és átvételi vizsgálatot sem végeznek.

3. cikk

(1) Olyan károkért, amelyek a vasutak üzemeltetése során a határokon átmenő forgalomban történő fuvarozás során következnék be, a kártérítési kötelezettség azokhoz a felelősségi szabályokhoz igazodik, amelyeket alkalmazni kellene, ha az osztrák vasutak az Osztrák Köztársaság területén végezték volna a fuvarozást. Az osztrák vasutaknak ilyen esetben helyt kell állniuk a magyar vasutakért valamint azok alkalmazottaiért.

(2) Az osztrák vasutak a magyar vasutakkal szemben viszontkeresettel élhet, ha a károkozó esemény úgy következett be, hogy azt a magyar vasutak, illetőleg alkalmazottainak szándékos vagy súlyosan gondatlanság magatartása idézte elő vagy pedig a magyar vasúti pályának vagy berendezéseinak a hiányossága következtében állt elő.

(3) A szerződésen kívül keletkezett károk megterítése iránti jogviták elbírálására annak a Szerződő Féle államának bíróságai is illetékesek, amelynek területén a károsult lakóhelye (székhelye) vagy ahol szokásos tartózkodási helye van.

(4) Olyan jogerős határozatokat vagy egyezségeket, amelyeket a jelen cikk (3) bekezdése szerint járó kárterítési igények ügyében valamelyik Szerződő Fél államának bírósága hozott vagy amelyekben egy ilyen bíróság előtt állapodtak meg, a másik Szerződő Fél állama elismeri és végrehajtja. Ha a perverzies fél nem bocsátkozott az eljárásba, akkor be kell mutatni olyan értelmű igazolást, hogy ennek a felnélk szabályszerű és kellő időben kézbesítették a keresetlevelet, vagy az ezzel egyenértékű iratot. Az elismerést és a végrehajtást meg kell tagadni,

- ha a határozat egy korábban ugyanazon felek között, ugyanazon igényről hozott jogerős határozattal ellentében áll, amelyet annak a Szerződő Fél államának a bírósága hozott, amelynek területén a határozatot el kell ismerni és végre kell hajtani;
- ha a határozat sériáma Szerződő Fél jogrendszerének alapelvait (közrendjét), amelyben a végrehajtást kérík;
- vagy ha a határozat nem azokon a jogszabályokon alapul, amelyeket a jelen Egyezmény szerint alkalmazni kellett volna; ez a rendelkezés azonban nem gátolja az elismerést vagy a végrehajtási, ha a határozat a jelen Egyezmény szerint alkalmazandó jogszabályoknak megfelel.

4. Cikk

A vasutak egymásnak adott segítségnyújtása és a védelem tekintetében, a Vasúti Határforgalmi Egyezmény 12. cikkét kell alkalmazni.

5. Cikk

(1) Az osztrák vasutak alkalmazottainak szolgálati viszonyára, különös tekintettel a fegyelmi rendelkezésekre, az Osztrák Köztársaságban érvényes előírások irányadóak.

(2) Az (1) bekezdésben megjelölt vasúti alkalmazottak által a Magyar Köztársaság területén elkövetett büntetendő cselekményekről a magyar illetékes szervek az osztrák illetékes szerveket kötelesek haladéktalanul értesíteni.

6. Cikk

(1) A vasúti ipari átmenő forgalomban általában egyik Szerződő Fél sem végez határforgalom ellenőrzést. A Szerződő Felek fenntartják maguknak azt a jogot, hogy határellenőrzési végző szervei az Osztrák Köztársaság és a Magyar Köztársaság között a vasúti határforgalom ellenőrzéséről szóló Egyezmény, melyet Bécsben, 1991. július 5-én írtak alá, valamint az ennek végrehajtása tárgyában Budapesten, 1993. április 14-én aláírt Megállapodás értelmében Szentgotthárd pályaudvaron határforgalom ellenőrzést végezzenek. A vontatási végző vasút köteles a határforgalom ellenőrzéséhez szükséges tartózkodási időt biztosítani.

(2) A vasúti alkalmazottaknak a jelen Egyezmény mellékletét képező, az abban meghatározott mintának megfelelő határállépsi igazolvánnyal kell rendelkezniük, mely a vasúti alkalmazottakat a jelen Egyezményben foglaltak végrehajtására jogosítja. A vasúti ipari átmenő forgalomban szolgálatot teljesítő, határállépsi igazolvánnyal rendelkező vasúti alkalmazottak jogosultak szolgálati ruhájukat, szolgálati jelvényeket szolgálatban viselni és a szolgálati ellátásához szükséges szolgálati felszereléssel az államhatárt átlépni.

(3) A jelen Egyezmény rendelkezései betartásának ellenőrzésére és a rendelkezéseihez ellenétes cselekmények megakadályozása céljából a magyar határforgalom ellenőrzését végző szervek jogosultak a vasúti zár alatt közlekedő vonatokat a Magyar Köztársaság területén kísérni és felügyelni, továbbá jogosultak a tervezett vagy az elkövetett büntetendő cselekmények megakadályozása vagy felderítése érdekében eljární.

7. Cikk

(1) A vasúti ipari átmenő forgalomban fuvarozott áruk mentesek a vámok, termékimportot terhelő forgalmi adók, illetékek, díjak és egyéb, jogszabályon alapuló kötelező befizetések megfizetése és biztosítása, valamint a gazdasági behozatali-, kiviteli- és árviteli tilalmak és korlátozások alól, ha a jelen Egyezményben meghatározott vasúti átmenő forgalomra érvényes rendelkezéseket betartják.

A jelen rendelkezések be nem tartása esetén a vámok, termékimportot terhelő forgalmi adók, díjak és illetékek, továbbá más, jogszabály által meghatározott pénzügyi terhek megfizetésétől akkor tekintenek el, ha kétséget kizáróan bizonyítják, hogy az árut változatlan állapotban az Osztrák Köztársaság területére visszavittek.

(2) A vasúti ipari átmenő forgalomban fuvarozott áruk felett a vámhatóságok felügyeletet gyakorolnak. A vámhatóságok által gyakorolt felügyelet alatt minden olyan intézkedést kell érteni, amelyet annak megakadályozása érdekében tesznak, hogy a vámkezelési kötelezettség alá eső árukat e

kötelezettség alól ne vonhassák ki. A mindenkorai vám-, illetve vasúti zárákat a Szerződő Felek vámszervei elismerik. A vasutak szükség esetén gondoskodnak az áruknek vám elő állításáról és a szükséges okmányokat rendelkezésre bocsátják.

8. Cikk

(1) A jelen Egyezmény végrehajtása érdekében a vasutak megállapodnak a vasúti forgalom lebonyolításával kapcsolatos részletes szabályokról, így különösen az előzetes értesítés módjáról és idejéről.

(2) A vasutak közötti megállapodásban kell szabályozni a vasúti ipari ármenő forgalomban egymásnak nyújtandó szolgáltatásokat.

(3) A 2. Cikk (3) bekezdésében hivatkozott díj mértékében a vasutak magánjogi szerződésben állapodnak meg.

9. Cikk

A jelen Egyezmény értelmezése, valamint alkalmazása során felmerülő vitás kérdéseket a Szerződő Felek illetékes hatóságai közötti tárgyalásokkal, illetőleg, ha ezen az úton nem jön létre megegyezés, diplomáciai úton kell rendezni.

10. Cikk

A Szerződő felek kifejezik készségüket, hogy a jelen Egyezmény alkalmazásának lehetőséges kiterjesztéséről szükség szerint külön megállapodásokat kössenek.

11. Cikk

(1) A jelen Egyezmény határozatlan időre szol. A jelen Egyezmény az azt követő hónap első napján lép hatályba, amikor a Szerződő Felek diplomáciai úton, írásban felmondhatja. Az Egyezmény attól az időponttól számított három hónap elteltével veszti hatályát, amikor a felmondás a másik Szerződő Félehez megérkezett.

KÉSZÜLT BÉCSBEN, 1998. év november hónap 24. napján, két eredeti példányban, német és magyar nyelven. Mindkét nyelvű szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság Kormánya nevében:

Dr. Wolfgang Schüssel

A Magyar Köztársaság Kormánya nevében:

Dr. János Martonyi

Melléklet

Borítólap

OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG

– címer –

Határállépési igazolvány

Száma:

(1. oldal)

OSZTRÁK KÖZTÁRSASÁG

– címer –

Határállépési Igazolvány

Az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya között a Szentgotthárd város környéki osztrák-magyar ipari park vasúti átmenő forgalmáról szóló Egyezményben meghatározott vasútforgalmi feladatok ellátására.

Az Igazolvány tiz számozott oldalt tartalmaz

(2. oldal)

Családi név:

Utónév:

Nőknél leánykori név:

Neme:

Születés helye és időpontja:

Állandó lakóhelye:

Munkaköre:

(3. oldal)

(Fénykép helye)

– pecsét –

Aláírás

(4. oldal)

Kiállító hatóság:

Kiállítás helye, ideje:

Érvényessége:

A hatósági személy aláírása:

Pecsét

(5. oldal)

Hosszabbió hatóság:

Hosszabbiás időpontja:

Érvényessége:

A hatósági személy aláírása:

Pecsét

(6. oldal)

Hivatalos bejegyzések

(7. oldal)

Hivatalos bejegyzések

(8. oldal)

Hivatalos bejegyzések

(9. oldal)

Tudnivalók:

A jelen határátlépési igazolvány viselője jogosult az államhatárt az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya között a Szentgotthárd város környéki osztrák-magyar ipari park vasúti átmennő forgalmáról szóló Egyezmény 1. Cikk (1) bekezdésében megjelölt helyeken többször átlépni, és szolgálata ellátásának időtartamára az államhatártól Szentgotthárd pályaudvarig terjedő vasúti vonalon, illetve Szentgotthárd pályaudvar területén tartózkodni.

(10. oldal)

Tudnivalók:

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF HUNGARY REGARDING RAILWAY TRANSIT AT THE AUSTRIAN-HUNGARIAN INDUSTRIAL PARK LOCATED IN THE VICINITY OF THE CITY OF SZENTGOTTHÁRD

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Hungary (hereinafter the Contracting Parties),

Desiring to develop further the existing good-neighbourly relations between their two States, and to promote railway traffic in the Austrian-Hungarian industrial park in the vicinity of the city of Szentgotthárd,

And having regard to the Agreement between the Republic of Austria and the Hungarian People's Republic concerning railway frontier crossings (hereinafter referred to as the Railway Frontier Crossing Agreement), signed at Budapest on 14 September 1978, and the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF), concluded at Berne on 9 May 1980, together with Appendix B to COTIF containing the Uniform Rules concerning the Contract for International Carriage of Goods by Rail (CIM), having special regard to Annex I of Appendix B to COTIF containing the Regulations concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Rail (RID),

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Austrian railways shall be authorized to operate closed rail traffic on the section of track between Szentgotthárd/Mogersdorf (Nagyfalva) and the Szentgotthárd/Heiligenkreuz (Szentkereszt) industrial park at Heiligenkreuz (boundary mark C 100/2 - C 100/3) through the territory of the Republic of Hungary, via the railway station of Szentgotthárd (hereinafter referred to as closed cross-frontier rail traffic).

(2) Closed rail traffic shall be understood to entail all measures designed to ensure that goods cannot be taken on or off trains used for closed cross-frontier rail traffic in the territory of the Republic of Hungary and that no passengers can board or alight from such trains.

Article 2

(1) The Contracting Parties shall not treat carriage of goods in closed cross-frontier rail traffic as international carriage of goods. However, in the implementation of the present Agreement, the Convention concerning International Carriage by Rail (COTIF), concluded at Berne on 9 May 1980, together with Appendix B to COTIF containing the Uniform Rules concerning the Contract for International Carriage of Goods by Rail (CIM), with special regard to Annex I of Appendix B to COTIF containing the Regulations concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Rail (RID), shall be applicable

and shall be observed in respect of the rights and duties of the railway operators. Both Contracting Parties are parties to these international treaties.

(2) In accordance with the provisions of paragraph 1, the Austrian railway operators must operate in closed cross-frontier rail traffic only with engines, rolling stock, railway operating machinery and loads that meet the conditions laid down for international rail traffic.

(3) The Hungarian railways shall ensure, for payment, secure and undisturbed functioning of the Hungarian sections of track and their installations for the purpose of operating closed cross-frontier rail traffic.

(4) The railway operators shall not take possession of the engines and rolling stock and their loads used in closed cross-frontier rail traffic, and no delivery/acceptance inspections shall be performed.

Article 3

(1) Liability for damage occurring in the course of railway operations in cross-frontier rail traffic shall be determined according to the liability regime which would apply if the transport had been effected by Austrian railway operators in the territory of the Republic of Austria. In such case the Austrian railway operators shall assume liability for the Hungarian railway operators and their staff.

(2) The Austrian railway operators shall be authorized to seek recovery from the Hungarian railway operators if the event giving rise to the damage was caused intentionally or through gross negligence on the part of the Hungarian railway operators or their staff, or by a defect in the Hungarian rail line or its installations.

(3) The courts of the State of the Contracting Party in whose territory the claimant is domiciled or headquartered or is ordinary resident shall also have jurisdiction to rule on non-contractual claims arising from a loss.

(4) Final decisions and settlements handed down by a court of the State of one of the Contracting Parties, or concluded before such a court, regarding claims for damages under paragraph 3 of this article shall be recognized and enforced in the State of the other Contracting Party. If the unsuccessful party has failed to appear in court, written proof must be produced that the pleading instituting proceedings, or other document to the same effect, was duly served upon that party in a timely manner. Recognition and enforcement must be refused:

- If the decision conflicts with a previous final decision on the same claim between the same parties by a court in the State of the Contracting Party in which the decision is to be recognized and enforced;

- If the decision is contrary to the principles of law (public policy) of the Contracting Party in which it is to be enforced; or

- If the decision was not based on the legal provisions which would be applicable under this Agreement; however, this shall not prevent recognition and enforcement if the decision is concordant with the legal provisions to be applied for the purposes of this Agreement.

Article 4

Article 12 of the Railway Frontier Crossing Agreement shall apply to the mutual assistance and protection afforded by the railway operators to each other.

Article 5

(1) The employment conditions of employees of the Austrian railway operators shall be governed, especially as regards disciplinary matters, by the rules in force in the Republic of Austria.

(2) The competent Hungarian authorities shall inform the competent Austrian authorities without delay of criminal offences committed on the territory of the Republic of Hungary by the employees referred to in paragraph 1.

Article 6

(1) Frontier clearance inspections will not normally be conducted by either of the Contracting Parties in closed cross-frontier rail traffic. The Contracting Parties reserve the right to have inspections of frontier transit traffic carried out at the Szentgotthárd station by their authorities with responsibility for frontier clearance under the Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Hungary concerning frontier clearance in railway traffic signed at Vienna on 5 July 1991 and the arrangement concerning its implementation signed at Budapest on 14 April 1993. The railway operator carrying the rolling stock shall ensure that trains are stopped for the time needed to carry out the frontier clearance inspections.

(2) Railway employees must hold a frontier crossing pass corresponding to the model in the annex to this Agreement, authorizing them to perform their duties under this Agreement. Railway employees engaged in closed cross-frontier rail traffic and holding a frontier crossing pass are entitled to wear their uniforms and service badges while on duty and to cross the frontier with the equipment required for the performance of their duties.

(3) With a view to monitoring compliance with the provisions of this Agreement and preventing conduct contrary to the rules set out herein, the Hungarian frontier clearance authorities shall be authorized to accompany and monitor trains circulating on a closed basis in the territory of the Republic of Hungary. They are also authorized to take action with a view to preventing criminal acts in preparation or investigating any which have been committed.

Article 7

(1) Goods carried in closed cross-frontier rail traffic shall be exempt from paying or posting bond for customs duties, import turnover tax, levies, fees and other charges specified by law, and also from prohibitions and restrictions on commercial import, export and transit, provided the provisions of this Agreement applicable to rail transit are observed.

In the event that these provisions are not observed, no customs duties, import turnover taxes, fees and charges, or other payments prescribed by law will be imposed if it can be convincingly shown that the goods have been returned unaltered to the territory of the Republic of Austria.

(2) The customs authorities shall exercise control over goods carried in closed cross-frontier rail traffic. The control exercised by the customs authorities shall be understood to include all measures that are taken to ensure that goods subject to customs clearance cannot evade it. The customs authorities of the Contracting Parties shall recognize each other's customs and railway seals. Where necessary the railway operators shall ensure that goods are brought for customs inspection and shall produce the documentation required.

Article 8

(1) With a view to the implementation of this Agreement, the railway operators shall agree on the detailed rules relating to the operation of railway traffic, especially as regards the manner and timing of prior notification.

(2) The reciprocal services to be performed in closed cross-frontier rail traffic shall be regulated by the arrangement to be concluded between the railway operators.

(3) The amount of the payment referred to in article 2, paragraph 3, shall be determined by the railway operators by private contract.

Article 9

Disputes arising in the interpretation and application of this Agreement shall be settled through negotiations between the responsible authorities of the Contracting Parties or, if no agreement can be reached by this means, through the diplomatic channel.

Article 10

The Contracting Parties hereby state that they are prepared if necessary to enter into separate agreements concerning a possible extension of this Agreement.

Article 11

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period. It shall enter into force on the first day of the first month following the month in which the Contracting Parties notify each other in writing through the diplomatic channel that their respective domestic law requirements for entry into force have been fulfilled.

(2) This Agreement may be denounced in writing through the diplomatic channel by either Contracting Party at any time. It shall terminate three months after receipt of denunciation by the other Contracting Party.

DONE at Vienna on 24 November 1998, in two originals in the German and Hungarian languages. Both texts are equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Government of the Republic of Hungary:

DR. JÁNOS MARTONYI

COVER PAGE

ANNEX

REPUBLIC OF AUSTRIA

COAT OF ARMS

FRONTIER CROSSING PASS

Number:

REPUBLIC OF AUSTRIA

COAT OF ARMS

FRONTIER CROSSING PASS

For the performance of railway duties defined in the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Hungary regarding railway transit at the Austrian-Hungarian industrial park located in the vicinity of the city of Szentgotthárd.

This pass contains ten numbered pages

Surname or family name.....

.....
Given name.....

.....
Maiden name (women)

.....
Sex.....

.....
Place and date of birth.....

.....
Permanent residence.....

.....
Nature of duties to be performed.....

(Space for photograph)

(.....)

Seal

Signature

.....

Issuing authority.....
.....

Place and date of issue.....
.....:

Period of validity.....
.....

Signature of issuing officer
.....

Seal

Extending authority.....
.....

Period of extension.....
.....

Valid until.....
.....

Signature of issuing officer
.....

Seal

For official use

Notes

The holder of this frontier crossing pass is authorized to cross the frontier repeatedly at the points indicated in article 1, paragraph 1, of the Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Hungary regarding railway transit at the Austrian- Hungarian industrial park located in the vicinity of the city of Szentgotthárd, and to remain while performing his or her duties on the section of railway track extending from the frontier to Szentgotthárd station and within the area of the Szentgotthárd station.

Notes

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HONGRIE RELATIF AU TRANSIT PAR CHEMIN DE FER SUR LE TERRAIN INDUSTRIEL AUSTRO-HONGROIS À PROXIMITÉ DE LA VILLE DE SZENTGOTTHARD

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Hongrie (ci-après dénommés : les Parties contractantes),

Désireux de développer les relations de bon voisinage existant entre les deux Etats et de promouvoir le trafic ferroviaire se déroulant à proximité de la ville de Szentgotthard sur le terrain industriel austro-hongrois, et

Prenant en considération

l'Accord entre la République d'Autriche et la République populaire de Hongrie relatif au passage à la frontière des chemins de fer (ci-après dénommé : Accord relatif au trafic ferroviaire transfrontalier), signé le 14 septembre 1978 à Budapest, et

La Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF) conclue le 9 mai 1980 à Berne, ainsi que les Règles uniformes concernant le contrat de transport international ferroviaire des marchandises (CIM) constituant l'appendice B de la COTIF, et en tenant plus particulièrement compte du règlement concernant le transport international ferroviaire des marchandises dangereuses constituant l'Annexe I à l'Appendice B de la COTIF,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Les Chemins de fer autrichiens ont le droit de faire passer le trafic sur le parcours entre Szentgotthard/Mogersdorf (Nagyfalva) et Szentgotthard/ Heiligenkreuz (Szentkereszt) sur le terrain industriel de Heiligenkreuz (Référence de la frontière C 100/2 C 100/3) avec des wagons plombés (ci-après : trafic ferroviaire transfrontalier non public) via la gare de Szentgotthard par le territoire de la République de Hongrie.

2. On entend par wagons plombés toutes les mesures prises dans le but d'empêcher que les marchandises entrent dans les trains utilisés dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public sur le territoire de la République de Hongrie ou en sortent, et/ou que des personnes montent dans ces trains ou en descendent.

Article 2

1. Les Parties contractantes ne considèrent pas le transport de marchandises effectué dans le cadre du trafic ferroviaire transfrontalier non public comme faisant partie du transport international de marchandises. Cependant, en appliquant le présent Accord en ce qui concerne les droits et les obligations des chemins de fer, on appliquera et respectera la Con-

vention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF), conclue le 9 mai 1980 à Berne, ainsi que les Règles uniformes concernant le contrat de transport international ferroviaire des marchandises (CIM) constituant l'appendice B de la COTIF, et en tenant plus particulièrement compte du règlement concernant le transport international ferroviaire des marchandises dangereuses constituant l'annexe I à l'appendice B de la COTIF. Les deux Parties contractantes ont adhéré auxdites conventions internationales.

2. En appliquant les dispositions prévues à l'alinéa 1, les Chemins de fer autrichiens sont obligés de n'utiliser dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public que des véhicules automobiles, des véhicules tractés, des engins de travaux ferroviaires et des chargements qui correspondent aux conditions prévues pour les transports internationaux ferroviaires.

3. Les Chemins de fer hongrois assurent, afin de permettre le déroulement du trafic ferroviaire transfrontalier non public, le fonctionnement sûr et sans défaillance du parcours ferroviaire en Hongrie et de ses installations contre rémunération.

4. Les véhicules automobiles et les véhicules tractés, ainsi que leurs chargements utilisés dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public, ne seront pas repris par les chemins de fer qui n'effectuent pas non plus de contrôles de reprise/réception.

Article 3

1. Pour les dommages provoqués lors d'un transport en transit ferroviaire transfrontalier lors du fonctionnement des chemins de fer, l'obligation de payer des dommages-intérêts dépendra des dispositions en matière de responsabilité applicables dans le cas où le transport aurait été effectué par les Chemins de fer autrichiens sur le territoire de la République d'Autriche. Les Chemins de fer autrichiens devront dans ce contexte répondre des Chemins de fer hongrois et de leurs effectifs.

2. Les Chemins de fer autrichiens ont un droit de recours contre les Chemins de fer hongrois, si l'événement préjudiciable a été provoqué intentionnellement ou par négligence grave de la part des Chemins de fer hongrois et de leurs effectifs ou par un défaut du parcours ferroviaire hongrois ou de ses installations.

3. Les tribunaux de l'Etat de la Partie contractante, sur le territoire duquel l'ayant-droit a son domicile (siège) ou son lieu de séjour habituel sont compétents pour statuer sur les droits extra-contractuels découlant d'un sinistre.

4. Les décisions exécutoires qui sont rendues par un tribunal de l'Etat d'une Partie contractante au sujet de demandes en dommages-intérêts visées à l'alinéa 3 du présent article et les transactions conclues devant un tel tribunal seront reconnues et exécutées dans l'Etat de l'autre Partie contractante. Au cas où la Partie perdante ne se serait pas engagée dans la procédure, la preuve devra être présentée précisant que l'acte introductif de la procédure ou un document équivalent de ladite Partie a été notifié selon les règles et les délais impartis. La reconnaissance et l'exécution seront refusées,

- si la décision contredit une autre décision exécutoire intervenue auparavant entre les mêmes parties pour la même demande, la décision prise par un tribunal de l'Etat de la Partie contractante devra être reconnue et exécutée;

- si la décision viole les principes de la législation (de l'ordre public) de la Partie contractante où elle devra être exécutée ;
- ou bien si la décision n'est pas fondée sur les normes légales qui auraient dû être appliquées selon le présent Accord ; la présente disposition ne s'oppose cependant pas à la reconnaissance et à l'exécution, si la décision correspond aux normes légales applicables au sens des Parties contractantes.

Article 4

En ce qui concerne l'assistance et la protection mutuelles de règle entre les chemins de fer, sera applicable l'article 12 de l'Accord relatif au trafic ferroviaire transfrontalier.

Article 5

1. Pour les contrats de travail des agents des Chemins de fer autrichiens notamment en matière de sanctions prévues par le droit du travail les dispositions en vigueur dans la République d'Autriche seront applicables.

2. Les organes hongrois compétents sont obligés d'informer sans délai les organes autrichiens compétents sur les infractions commises par les agents mentionnés à l'alinéa 1 sur le territoire de la République de Hongrie.

Article 6

1. En règle générale, aucune des Parties contractantes n'effectue de contrôles frontaliers pour le trafic ferroviaire transfrontalier non public. Les Parties contractantes se réservent le droit d'effectuer, par l'intermédiaire de leurs organes chargés des contrôles frontaliers, au sens de l'Accord signé le 5 juillet 1991 à Vienne relatif aux contrôles frontaliers dans le trafic ferroviaire entre la République d'Autriche et la République de Hongrie ainsi que de la Convention signée le 14 avril 1993 à Budapest relative à son application à la gare de Szentgotthard, des contrôles pour le trafic transfrontalier. Le chemin de fer effectuant le transport ferroviaire est obligé d'assurer le temps de séjour nécessaire au contrôle frontalier.

2. Les agents des chemins de fer devront disposer d'un laissez-passer frontalier constituant une annexe au présent Accord et correspondant au modèle qui y est défini autorisant les agents de chemins de fer à exercer leurs fonctions au sens du présent Accord. Les agents des chemins de fer exerçant leurs fonctions dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public et disposant d'un laissez-passer frontalier sont autorisés à porter pendant le service leurs uniformes et leurs insignes de service et à franchir la frontière nationale avec l'équipement de travail requis pour l'exercice de leurs fonctions.

3. En vue de contrôler le respect des dispositions du présent Accord et de la prévention d'actes contraires à ses prescriptions, les organes hongrois de contrôle frontalier sont autorisés à accompagner et à surveiller les trains circulant avec des wagons plombés sur le territoire national de la République de Hongrie. En outre, il sont autorisés à intervenir en vue d'empêcher des actes délictueux prévus ou d'éclaircir des délits commis.

Article 7

1. Les marchandises transportées dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public sont exemptées du paiement et du cautionnement de droits de douane, de la taxe sur les produits importés, des impôts, droits et autres paiements prévus par une norme légale ainsi que des interdictions et des restrictions économiques en matière d'entrée, de sortie et de transit, lorsque les dispositions du présent Accord applicables au transit par chemin de fer sont respectées.

2. En cas de non respect desdites dispositions, on s'abstiendra de la perception des droits de douane, de la taxe sur les produits importés, des impôts, droits et autres paiements prévus par une norme légale, si l'on peut prouver que la marchandise a été rapatriée en l'état sur le territoire de la République d'Autriche.

3. En ce qui concerne les marchandises transportées dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public, les autorités douanières exercent la surveillance. On entend par 'surveillance exercée par les autorités douanières' toutes les mesures prises pour que les marchandises sujettes au dédouanement ne soient pas soustraites à cette obligation. Les servies douaniers des Parties contractantes reconnaissent les fermetures douanières et/ou les plombs des wagons. En cas de besoin, les chemins de fer veilleront à ce que les marchandises soient présentées à la douane, et mettent à la disposition les documents requis à cette fin.

Article 8

1. En vue de l'exécution du présent Accord, les chemins de fer conviennent des règles détaillées liées au déroulement du trafic ferroviaire, notamment en ce qui concerne la manière et la date de l'information préalable.

2. Dans la Convention qui sera conclue entre les chemins de fer, on réglera les services à se rendre mutuellement dans le trafic ferroviaire transfrontalier non public.

3. Le montant de la rémunération mentionnée à l'alinéa 3 de l'article 2 sera déterminé par les chemins de fer, selon les dispositions du droit privé.

Article 9

Tous les différends résultant de l'interprétation et de l'application du présent Accord seront réglés par des négociations entre les autorités compétentes des Parties contractantes ou bien si aucun règlement ne peut être trouvé de cette manière - par la voie diplomatique.

Article 10

Les Parties contractantes se déclarent prêtes à conclure, le cas échéant, des conventions séparées relatives à une éventuelle extension du présent Accord.

Article II

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il entre en vigueur le premier jour du premier mois suivant celui au cours duquel les Parties contractantes se notifient mutuellement, par écrit et par la voie diplomatique que les conditions nationales requises pour l'entrée en vigueur sont réunies.

2. Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par chacune des Parties contractantes par écrit et par la voie diplomatique. Il cesse de prendre effet trois mois après la réception de la lettre de dénonciation par l'autre Partie contractante.

FAIT à Vienne le 24 novembre 1998, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et hongroise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement de la République de Hongrie :

JÁNOS MARTONYI

PAGE DE COUVERTURE

ANNEXE

RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE

Armoiries

Laissez-passer frontalier

Numéro:

RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE

Armoiries

Laissez-passer frontalier

Pour s'acquitter des fonctions en matière de service ferroviaire fixées dans l'accord conclu entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Hongrie relatif au transit par chemin de fer sur le terrain industriel austro-hongrois à proximité de la ville de Szentgotthard.

Le laissez-passer comprend dix pages numérotées.

Nom de famille

.....
Prénom.....

.....
Nom de jeune fille.....

.....
Sexe

.....
Lieu et date de naissance

.....
Domicile permanent

.....
Fonctions à remplir

(Espace réservé à la photo)

(.....)

Sceau

Signature

.....

Autorité habilitée à délivrer le document.....

.....

Lieu et date de délivrance

.....

Validité.....

.....

Signature du responsable de l'autorité compétente

.....

Sceau

Autorité accordant la prolongation
.....
Durée de prolongation
.....
Valable jusqu'au
.....

Signature du responsable de l'autorité compétente

.....

Sceau

Inscriptions par l'autorité

Explications

Le titulaire du présent laissez-passer frontalier est habilité à franchir à plusieurs reprises la frontière nationale aux points de passage indiqués à l' alinéa 1 de l'article premier de l'Accord conclu entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Hongrie relatif au transit par chemin de fer sur le terrain industriel austro-hongrois à proximité de la ville de Szentgotthard et à y séjourner pendant la durée des fonctions qu'il doit remplir sur le parcours ferroviaire à partir de la frontière nationale jusqu'à la gare de Szentgotthard et dans la zone de la gare de Szentgotthard.

Explications